

Gemeinsam vorsorgen gegen Extremhitze

Hitzeaktionstag 2026: Mehr als 150 Organisationen fordern, Hitzeschutz in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz aufzunehmen

Mehr als 150 Organisationen aus Gesundheitswesen, Pflege, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft warnen gemeinsam: Deutschland ist auf Extremhitze als Krisenlage bislang nicht ausreichend vorbereitet. Sie fordern daher, Hitzeschutz verbindlich als Bestandteil des Katastrophenschutzes zu verankern.

Was passiert, wenn wir im Rheintal über 14 Tage Höchsttemperaturen bis zu 44 Grad haben, Rettungsdienste überlastet, Notaufnahmen überfüllt sind? Einzelne Pflegeheime evakuiert werden müssen? In einem extremen Hitzedom-Szenario werden in Deutschland Zehntausende Todesfälle innerhalb weniger Tage als möglich beschrieben. Auf so ein Szenario ist Deutschland nicht vorbereitet. Unter dem Motto „Gemeinsam vorsorgen gegen Extremhitze“ ruft ein breites Bündnis dazu auf, den gesundheitsbezogenen Hitzeschutz in Deutschland konsequent und flächendeckend umzusetzen. Ziel ist es, Hitze systematisch in Krisenvorsorge, Gesundheitsversorgung und Katastrophenschutz zu integrieren.

Zu den Initiatoren zählen die Bundesärztekammer, die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG), die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche Pflegerat, der GKV-Spitzenverband, die Klima-Allianz Deutschland sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Insgesamt haben sich über 150 Institutionen und Verbände angeschlossen.

„Wir erleben weltweit eine Beschleunigung der Erwärmung. 2024 wurde globale das erste Mal die 1,5-Grad-Marke gerissen, schon in wenigen Jahren wir die 2-Grad-Marke überschreiten“, sagt Dipl.-Meteorologe und Wettermoderator **Karsten Schwanke**. Die Folgen für Deutschland: Eine weitere starke Zunahme von Hitzetagen (über 30 °C) und extremen Hitzetagen (über 35 °C). „Die Häufigkeit und Dauer von Hitzewellen wird zunehmen. Höchsttemperaturen von mehr als 40 Grad (im Schatten) werden wir immer häufiger erleben – selbst 45 Grad sind nicht mehr auszuschließen“, so Schwanke.

Mit zunehmender globaler Erwärmung steigen Häufigkeit, Dauer und Intensität von Hitzeperioden. Das konnte man zuletzt in der extremen Hitzewelle in Europa beobachten, u.a. in Frankreich – und das Ende Mai, bevor der Sommer offiziell begonnen hat. Solche stabilen Hochdrucklagen mit sehr hohen Temperaturen ohne nächtliche Abkühlung sind besonders gefährlich und können zu einer drastischen Zunahme hitzebedingter Todesfälle führen. Sie stellen ein hohes Risiko für vulnerable Gruppen dar und belasten zugleich Gesundheits-

wesen, Pflege, soziale Einrichtungen und kritische Infrastruktur.

Auch wirtschaftliche Schäden nehmen in solchen Phasen deutlich zu. Für Deutschland werden in aktuellen Szenarien hitzebedingte Verluste von rund 112,5 Mrd. € innerhalb weniger Jahre erwartet. Um die Dimension zu verdeutlichen: Das entspricht fast dem Dreifachen der gesamten Schäden der historischen Ahrtal-Flutkatastrophe von 2021 (ca. 40,5 Mrd. €).

Wer Deutschland krisenresilient machen will, muss Hitze und andere Extremwetterlagen systematisch mitdenken. Zwar wurden in den vergangenen Jahren erste wichtige Schritte im Hitzeschutz unternommen. Doch für ausgeprägte, mehrtägige oder sich überlagernde Extremhitzelagen sind Politik, Verwaltung, Institutionen und Bevölkerung bislang nicht vorbereitet und die Tragweite der Ereignisse wird unterschätzt.

Gemeinsam fordert das Bündnis daher:

- Die verbindliche Integration von Extremhitze in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz
- Klare Zuständigkeiten auf allen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen
- Effektive soziale Schutzstrukturen für Risikogruppen
- Eine gezielte Stärkung des Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesens für Hitzelagen
- Finanzierung von Maßnahmen, zum Schutz von Menschen, Arbeitsabläufen, Gebäuden, Stadtteilen und Infrastruktur vor extremer Hitze sowie zur Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit bei Hitzewellen

Dr. Martin Herrmann, Vorsitzender Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG), warnt: „Deutschland ist auf Extremhitze nicht vorbereitet. Zwar gibt es erste Schutzmaßnahmen, doch sie sind nicht flächendeckend und verbindlich genug. Das kostet vielen Menschen das Leben und ist ein enormes wirtschaftliches Risiko. Während für andere Extremwetterlagen wie Hochwasser und Sturm Krisenstäbe längst etabliert sind, fehlen verbindliche Strukturen für Hitzeereignisse bis heute. Das muss sich jetzt ändern.“

Auch Krankenhäuser müssen sich auf längere und intensivere Hitzeperioden einstellen. „Viele Häuser haben die im heutigen Finanzrahmen möglichen Maßnahmen bereits umgesetzt“, sagt **Prof. Dr. Henriette Neumeyer**. Aber: „In Zeiten des Beitragssatzstabilitätsgesetzes bleibt unklar, wie Hitzeschutz dauerhaft leistbar sein soll. Hitzeschutz ist Patientenschutz. Dafür brauchen Krankenhäuser verlässliche Finanzierung“, so die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DKG. *kri*